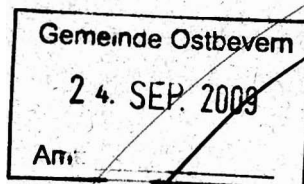


Frau Bürgermeisterin  
Herren Bürgermeister  
der Städte und Gemeinden  
im Kreis Warendorf

sowie: Mitglieder des Kreistages



Datum  
22.09.2009

**Kämmerer  
Dezernent I**

Auskunft erteilt  
Herr Dr. Funke

Zimmer  
D4.42  
Telefon  
(02581) 538100  
Fax  
(02581) 5398100  
E-mail  
Stefan.Funke@kreis-warendorf.de

### **Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kammann,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

mit der Vorstellung der Eckdaten zum Kreishaushalt 2010 leite ich das  
Beteiligungsverfahren der Städte und Gemeinden bei der Aufstellung der  
Haushaltssatzung 2010 gem. § 55 KrO NW ein. Nach der **Einbringung**  
des Kreishaushaltes im Kreistag am **06.11. d. J.** werde ich Ihnen den  
Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen zuleiten.

Die Vorbereitungen zum Haushalt 2010 stellen sich derzeit wie folgt dar:

#### **1. Externe Rahmenvorgaben und deren Auswirkungen auf die gro- ßen Ertrags- und Aufwandspositionen des Ergebnisplans**

Die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wirkt sich massiv auf  
den Kreishaushalt 2010 aus. In bisher noch nicht erlebtem Umfang bre-  
chen die zentralen Ertragspositionen des Kreishaushalts ein, und es  
steigen die großen Aufwandspositionen des Sozialbudgets auf neue  
Höchststände. Hinzu kommen auch im nächsten Jahr unaufhaltsam wei-  
ter wachsende Kosten für die Pflege aufgrund der bekannten demogra-  
phischen Entwicklung. Dies zusammen führt im nächsten Haushalt zu  
einer **dramatischen Finanzierungslücke**. Diese soll allerdings nicht in  
vollem Umfang von den Städten und Gemeinden über die Kreisumlage  
gedeckt werden.

Wir alle haben diese negative Entwicklung in den Haushaltsberatungen  
des letzten Jahres vorhergesehen. Dass die Krise unsere Haushalte aber  
schon so früh derart heftig trifft, war vor einem Jahr noch nicht abzuse-  
hen.

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

**Sprechzeiten:**  
8.30 – 12.00 u. 14.00 – 16.00 Uhr  
freitags: 8.30 – 12.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Hausadresse:**  
Kreishaus Warendorf  
Waldenburger Straße 2  
48231 Warendorf

**Kommunikation:**  
Telefon: (02581) 53 0  
Fax: (02581) 53 1099  
E-mail: [verwaltung@kreis-warendorf.de](mailto:verwaltung@kreis-warendorf.de)  
Internet: [www.kreis-warendorf.de](http://www.kreis-warendorf.de)

**Bankverbindungen:**

Sparkasse Münsterland Ost  
BLZ 400 501 50 · Kto 2683

Sparkasse Beckum-Wadersloh  
BLZ 412 500 35 · Kto 1 000 017

Volksbank Beckum  
BLZ 412 600 06 · Kto 100 487 100

Postgiroamt Dortmund  
BLZ 440 100 46 · Kto 225 63-462

Ich skizziere Ihnen im Folgenden die wesentlichen Bestimmungsfaktoren dieser dramatischen Haushaltslage:

### 1.1 Ertragseinbrüche bei Zuweisungen und Umlagen

Nach der **ersten Modellrechnung** zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 (GFG 2010) muss der Kreishaushalt im nächsten Jahr mit **rd. 1,7 Mio. € (= - 6 %) weniger an Schlüsselzuweisungen** auskommen als in 2009. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden mit rd. 47,9 Mio. € etwa 660 T€ mehr an Schlüsselzuweisungen erhalten. Hiermit werden die teilweise drastischen Einbrüche bei der Steuerkraft in der Referenzperiode bis zum 30.06.2009 allerdings lediglich geringfügig aus dem Steuerverbund kompensiert. Insgesamt **sinkt die Finanzkraft** der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und damit die Basis für die Kreisumlage **um 2,17 %**. Bei unveränderten Umlagesätzen von 37,0 % bzw. 16,2 % würden dem Kreishaushalt **fast 2,4 Mio. €** an allgemeiner Umlage und **rd. 0,5 Mio. €** an Jugendamtsumlage fehlen.

Diese Zahlen fließen in den Etatentwurf 2010 ein, obgleich das Innenministerium bereits die Notwendigkeit einer Ergänzung des GFG 2010 angekündigt hat, da die Rückgänge bei den Verbundsteuern vermutlich höher ausfallen werden als dies zunächst in den Gesetzentwurf eingearbeitet wurde. Anders als in früheren Jahren ist demnach im Laufe der Beratungen über das GFG u.U. mit **weiteren Verschlechterungen** der Landeszuweisungen zu rechnen.

### 1.2 Wachsende Belastungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Erschreckend ist die analytische Schätzung der **Regionaldirektion der Agentur für Arbeit** über die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Diese hält für das Jahresende 2009 eine Zahl von **9.500 Bedarfsgemeinschaften** im Kreis Warendorf für durchaus realistisch. Dies wäre für die betroffenen Menschen und für den Kreishaushalt nicht verkraftbar, weder hinsichtlich der Ansatzüberschreitung in diesem Jahr noch für die Ansatzbildung für das nächste Jahr. Für jeweils **100 Bedarfsgemeinschaften** fallen auf ein ganzes Jahr bezogen Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **etwa 370 T€** an.

Tatsächlich stieg die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Anfang 2009 (7.694) bis Mitte August 2009 (8.375) um 681 (= + 8,9 %); auch gegenüber dem Stand im August des Vorjahres (7.679) lag die **Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 9 % höher**. Vor allem aufgrund des saisonalen Sondereffekts des Ausbildungsbeginns vieler junger Menschen nach den Sommerferien ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im August um 65 auf 8.310 zurückgegangen.

Wie sich diese Zahlen und die damit verbundenen Kosten für den Kreis entwickeln, ist **kaum seriös** bis zum Ende des nächsten Jahres **einzuschätzen**. In dieser drittgrößten Etatposition steckt eine erhebliche Unsicherheit und damit auch ein beträchtliches **Risiko**. Der Haushaltsansatz soll zunächst auf **33,0 Mio. €** festgelegt werden, womit etwa **8.850 Bedarfsgemeinschaften** im Durchschnitt des Jahres finanziert werden könnten. Dieser Ansatz liegt um 3,7 Mio. € (= +12,6 %) über dem Vorjahresansatz, der allerdings wahrscheinlich überschritten werden muss. Bei steigender Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist zudem mit einem Anstieg der sog. einmaligen Leistungen zu rechnen (+ 150 T€).

Die weiteren Veränderungen der kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung der Arbeitslosengeld II-Empfänger werden in den nächsten Monaten aufmerksam **verfolgt und analysiert**, um gegebenenfalls neue Erkenntnisse bis zum Beschluss über den Etat 2010 berücksichtigen zu können.

In höchstem Maße zu **kritisieren** ist der voraussichtliche weitere **Rückzug des Bundes** aus seiner im Zuge der „Hartz IV-Reformen“ vereinbarten Beteiligung an den kommunalen Kosten. Der zunächst mit 31,2 % festgelegte Beteiligungssatz wurde schon für 2009 auf 25,4 % gesenkt und wird in 2010 auf voraussichtlich **nur noch rd. 22,9 %** zurückgesetzt. Bei Kosten von rd. 33 Mio. € macht diese Reduktion des Beteiligungssatzes um 8,3 Prozentpunkte gut 2,7 Mio. € aus, die dem Kreishaushalt fehlen. Der Ertragsansatz steigt im Etatentwurf nur deshalb leicht an (+ 250 T€), weil die Kosten erheblich höher angesetzt werden müssen.

Erträge werden auch bei den sog. **Wohngeldentlastungsmitteln des Landes** fehlen. Nach 5,4 Mio. € in 2008 sieht der diesjährige Bescheid des Landes für den Kreis Warendorf lediglich rd. 3,7 Mio. € als Anteil an den Einsparungen des Landes beim Wohngeld aufgrund der "Hartz IV-Reformen" vor. Trotz des hiergegen eingelegten Widerspruchs kann derzeit für 2010 nicht mit einer Anhebung gerechnet werden, da das Land weitere Reduzierungen der Gesamtmittel angekündigt hat. Den Kreishaushalt verschlechtert diese Entwicklung gegenüber dem Ansatz 2009 um **1,4 Mio. €**.

Allein diese drei Faktoren **belasten** den Etatentwurf 2010 gegenüber dem Vorjahresetat um **5,0 Mio. €**.

### **1.3 Weiter steigende Kosten der demographischen Entwicklung**

Jahr für Jahr steigt die Zahl derjenigen Menschen im Kreis, die finanzielle **Hilfen zur Pflege** erhalten. Trotz ausgebauter Steuerungsansätze mit dem Ziel, höchst kostenintensive stationäre Hilfen zu begrenzen und stattdessen ambulante Hilfearten zu gewähren, steigen die Aufwendungen für die verschiedenen umfangreichen Leistungen um rd. **1,1 Mio. €** gegenüber den Veranschlagungen 2009. Ein nennenswerter Teil dieser Mehrbelastung tritt bereits überplanmäßig im laufenden Jahr ein. Ange-

sichts der langfristigen Kostensteigerungen wird die Verwaltung ihre begrenzten **Steuerungsmöglichkeiten weiter ausbauen.**

#### **1.4 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige beherrscht weiterhin die Jugendamtsumlage**

Der Kreis wird auch in 2010 mit großen finanziellen Anstrengungen damit fortfahren, das **Betreuungsangebot für unter 3-jährige Kinder** auszubauen und die weiteren Anforderungen des „Kibiz“ zu erfüllen. Der Kreisanteil an den Betriebskosten freier und kommunal getragener Kindertageseinrichtungen i.H.v. insgesamt rd. 28,5 Mio. € (= rd. + 1,2 Mio. €) wird dadurch per Saldo um rd. **740 T€** wachsen. Die Mittel zur Finanzierung von **Tagespflegeangeboten** sollen um **217 T€** aufgestockt werden. Diese beiden Angebotsausdehnungen sind maßgeblich für den Anstieg des Jugendamtsbudgets auf gut **27 Mio. €** (+ 0,9 Mio. € = + 3,4 %) verantwortlich.

In Fortsetzung der **geübten Praxis der vergangenen Jahrzehnte** sollen angesammelte Überschüsse aus der Jugendamtsumlage, die in den letzten Jahren über gute Jahresabschlüsse dem allgemeinen Haushalt zugute kamen, im Umfang von **800 T€** in das **Jugendamtsbudget zurückfließen** und die ansonsten notwendige Anhebung des Umlagesatzes von +1,0 % auf +0,5 % begrenzen, also von aktuell 16,2 % auf dann **16,7 %**. Dieser „Rückzahlungsbetrag“ muss konsequenterweise über die allgemeine Kreisumlage von allen Städten und Gemeinden aufgebracht werden; er **entlastet** die zehn Städte und Gemeinden, für die das Kreisjugendamt zuständig ist.

#### **1.5 Weitere Mehrbelastungen**

Zu den vier bisher skizzierten größten Belastungen treten weitere hinzu, von denen ich drei besonders ansprechen möchte:

Der Kreis wird durch die nun flächendeckend beschlossenen **Satzungen** über die nach Schmutz- und Niederschlagswasser **getrennten Abwassergebühren** auch für die Ortsdurchfahrten der Kreisstraßen zu Gebühren herangezogen. Nach Ihren Bescheiden bzw. Angaben sind in 2010 zusätzlich zu den bisher bereits geleisteten rd. 80 T€ p.a. **weitere rd. 440 T€** zu leisten. Hierin sind auch Nachzahlungen für Vorjahre enthalten, deren rechtliche Würdigung allerdings noch nicht abgeschlossen ist.

In den letztjährigen Haushaltsberatungen hat der Kreistag zur Entlastung der kommunalen Etats u.a. beschlossen, die **Straßenbauunterhaltung** einmalig um 600 T€ zu kürzen. Wie zugleich einvernehmlich vom Kreistag gefordert, wird im Etat 2010 wieder der **frühere Ansatz veranschlagt**, da der Substanzerhalt dieses wichtigen Kreisvermögens eine Fortsetzung der Sanierung erfordert.

Schließlich lässt die Wirtschaftskrise auch die **Baugenehmigungsgebühren** sinken, da schon in diesem Jahr kaum größere und damit gebührenstarke Industrie- und Gewerbebauten geplant werden (-200 T€).

### 1.6 Umlage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ungewiss

Völlig ungewiss ist zurzeit die Haushaltsplanung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), der seine Haushaltseckdaten wohl erst Anfang November bekannt geben wird. Nach den Daten der ersten GFG-Modellrechnung des Landes würde der Kreis Warendorf bei unverändertem Umlagesatz des LWL (15,2%) aufgrund geringerer Finanzkraft und damit Umlagegrundlagen **etwa 1,2 Mio. € weniger** als im laufenden Jahr an den LWL zahlen müssen. Da ich eine Reduzierung der absoluten Zahlungsverpflichtung allerdings angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre für **unrealistisch** halte, werde ich in den Etatentwurf für 2010 konstant denjenigen Betrag als Aufwand einstellen, den wir in diesem Jahr leisten müssen (**48,9 Mio. €**).

Die aktuelle mittelfristige Finanzplanung des LWL prognostiziert weiter steigende Aufwendungen für die Integration behinderter Menschen. Die Umlage an den LWL als **größte Aufwandspostition im Kreishaushalt** ist also noch mit **erheblicher Unsicherheit** behaftet. Ich werde mich mit den mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einsetzen, dass der LWL uns in dieser dramatischen Haushaltslage nicht zusätzlich überfordern wird. Sollte der LWL allerdings den Kreisetat stärker belasten, muss dieser Mehraufwand aufgrund fehlender eigener Kompensationsmöglichkeiten **1:1 über die Kreisumlage** finanziert werden. Ich hoffe sehr, dass eine weiterhin kommunalfreundliche Haushaltspolitik des LWL eine Kostenüberwälzung nicht erforderlich werden lässt.

### 1.7 Nur wenig Entlastung

Bei der Aufstellung des Haushaltes haben alle Beteiligten auf ein großes Maß an **Sparsamkeit und Bescheidenheit** geachtet. In Einzelgesprächen mit allen Amtsleitungen und Dezernenten hat der Kämmerer die Haushaltsanmeldungen auf ihre unbedingte Erforderlichkeit hin überprüft und zahlreiche **Streichungen, Kürzungen und Verschiebungen** auf der Aufwandsseite und Verbesserungen bei den Erwartungen zu Erträgen vorgenommen. Nennenswerte Einsparpotenziale sehe ich wegen des hohen Grades an verpflichtenden Aufgaben darüber hinaus nicht.

Für den **Stellenplan 2010** ist es gelungen, auf eine **Stellenausweitung zu verzichten**. Das Personalbudget einschließlich der Versorgungsaufwendungen wird um rd. 520 T€ auf rd. 40,6 Mio. € ansteigen. Der prozentuale **Anstieg um 1,3 %** gegenüber den Ansätzen 2009 erfolgt im Ausmaß der bereits fest stehenden Tarifsteigerung (+1,3 %) und Besoldungserhöhung (+1,2 %).

## **2. Der Haushaltsausgleich 2010 mit Kreisumlage und Ausgleichsrücklage**

Bei unverändertem Satz der allgemeinen Kreisumlage weist der Entwurf des **Ergebnisplans** – ohne Jugendamt – ein **Defizit i.H.v. rd. 11,8 Mio. €** aus. Dies sind erhebliche **5,0% des Volumens des Ergebnisplans**, das rd. 236 Mio. € erreicht. Ein vollständiger Ausgleich über die allgemeine Kreisumlage würde eine Anhebung des Umlagesatzes um **über 4 Prozentpunkte erforderlich machen**. Ein Prozentpunkt entspricht nach der Berechnung der Umlagegrundlagen in der ersten Modellrechnung des Landes zum GFG 2010 rd. 2,87 Mio. €.

Angesichts der ebenfalls dramatischen Ertrags- und Aufwandsentwicklungen in Ihren kommunalen Ergebnisplänen im nächsten Jahr – und wohl auch darüber hinaus – halte ich es **nicht** (wie es die „reine Lehre“ vorsieht) für angezeigt, dieses Defizit **ausschließlich über eine Anhebung der Kreisumlage** auszugleichen.

**Die derzeitige Haushaltskrise ist derart außergewöhnlich, dass ich es in diesen Krisenzeiten für vertretbar halte, die Ausgleichsrücklage zur Deckung etwa der Hälfte des Defizits einzusetzen, d.h. mit gut 6,0 Mio. €.**

Die Ausgleichsrücklage weist einen **Bestand von rd. 9,3 Mio. €** aus. Hiervon wird schon für den Ausgleich des prognostiziert **negativen Jahresabschlusses 2009** ein nennenswerter Betrag in Anspruch zu nehmen sein. Die Höhe ist vor allem wegen der kaum zu kalkulierenden Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung der Arbeitslosengeld II-Empfänger noch nicht hinreichend bekannt. Zwei große unerwartete Belastungen in Millionenhöhe stehen aber bereits fest. Es könnte deshalb durchaus eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage im Umfang von **3 bis 3 ½ Mio. € für den fiktiven Ausgleich des Jahresabschlusses 2009** notwendig werden. Mit diesen beiden Entnahmen in 2009 und 2010 wird die Reserve schon nach zwei Jahren komplett aufgebraucht sein. Für den Ausgleich von späteren Haushaltsdefiziten in 2011 oder gegebenenfalls danach ist die Reserve nicht mehr verfügbar. Weitere einsetzbare Reserven stehen nicht zur Verfügung. Ich sehe deshalb die Notwendigkeit, nach Überwindung der schweren Wirtschaftskrise in finanzwirtschaftlich wieder besseren Zeiten die Ausgleichsrücklage als Reserveposition aufzufüllen.

Ich lasse mich bei dem Vorschlag der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage davon leiten, dass auch Sie Ihre Haushalte – wenn Ihnen dies überhaupt möglich sein wird – **nur fiktiv** über die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage werden ausgleichen können.

Ich komme allerdings nicht umhin, die zweite Hälfte des Defizits im Entwurf des Ergebnisplans des Kreises über eine **Anhebung des Satzes der allgemeinen Kreisumlage i. H. v. 2,0 Prozentpunkten** zu decken. Dies entspricht einem absoluten Betrag von 5,74 Mio. €. Die allgemeine Kreisumlage steigt nach den Daten der ersten Modellrechnung zum GFG 2010 bei einem Umlagesatz von 39,0 %-Punkten um insgesamt rd. **3,4 Mio. €** (= + 3,1% auf rd. 112,0 Mio. €) gegenüber der Zahlungsverpflichtung 2009.

### 3. Voraussichtlicher Sachstand des Finanzplans

Der Einsatz der Reservemittel aus der Ausgleichsrücklage **verschlechtert** konsequenterweise die **Liquiditätslage** des Kreises. Die gut 6 Mio. €, die nicht über die Kreisumlage in den Kreishaushalt fließen, sondern rein buchhalterisch am Jahresende aus der Ausgleichsrücklage zur Defizitdeckung umgebucht werden, **fehlen dem Kreishaushalt an Liquidität**.

Aus diesem Grund sehe ich mich gezwungen, nach dem erfolgreichen Schuldenabbau im Umfang von gut 4 Mio. € in den ertragsstarken Jahren 2007 und 2008, in 2010 keinen **Schuldenabbau** einzuplanen. Dieses Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik werde ich aber weiterverfolgen. Ich lege deshalb besonderen Wert darauf, den Schuldenstand im Laufe des nächsten Jahres zumindest nicht wieder anwachsen zu lassen. Das Ziel ist eine **Nettoneuverschuldung von null**, d.h. dass die Kreditaufnahmen die Tilgungen nicht überschreiten.

Der Kreistag hat mit den Haushalten 2008 und 2009 beschlossen, einen **Kapitalstock** aufzubauen, der in späterer Zukunft dazu dienen soll, die Auszahlungen der Pensionen sicherzustellen und die Belastungen der zukünftigen Haushalte entsprechend zu verringern. Hierzu wurden in 2008 1,8 Mio. € und in 2009 2,0 Mio. € im Finanzplan zur Verfügung gestellt. Diese Werte orientierten sich an den erforderlichen Aufstockungen der Pensionsrückstellungen für die aktiven Beamten und die Pensionäre, die von der Firma Heubeck für die Kreisverwaltung versicherungsmathematisch berechnet wurden. Die von der Firma Heubeck berechneten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen belaufen sich für 2010 voraussichtlich auf rd. 1,8 Mio. €. Im Haushalt 2010 wird es allerdings nicht möglich sein, in dem bisherigen Umfang den Kapitalstock weiter auszubauen. In Höhe von **1 Mio. €** sind gleichwohl Mittel für diesen Zweck vorgesehen, da auch dies **Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik** ist.

Insgesamt weist der Finanzplan eine **Lücke** zwischen Auszahlungen und Einzahlungen im Verlauf des Jahres im Umfang von **etwa 3 ½ Mio. €** auf. Ob und in welcher Höhe hierfür **Kassenkredite** aufzunehmen sein werden, ist heute noch nicht vorherzusehen, da die Liquiditätslage derzeit befriedigend ist. Fest steht aber, dass **Überziehungskredite möglichst zu vermeiden** und vor allem nicht längerfristig zu akzeptieren sind.

#### 4. Weiteres Verfahren und Ausblick

Dieses Schreiben werde ich – wie in jedem Jahr – ebenfalls den Mitgliedern des Kreistages zur Information zukommen lassen.

Damit ich Ihre **Anregungen** zum Kreishaushalt 2010 vor der Einbringung in den Kreistag am 06.11. d. J. berücksichtigen kann, sollten mir diese **bis zum 13.10.2009** vorliegen. In der gemeinsamen Dienstbesprechung am 30.09.2009 werden wir uns vereinbarungsgemäß mit den Eckdaten befassen. Auch für weitere Gespräche halten der Kämmerer und ich uns gerne bereit.

Ich hoffe natürlich, dass Sie diese Eckdaten nachvollziehen können. Wir wussten aus den gemeinsamen Diskussionen über den Kreishaushalt 2009, dass sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2010 deutlich verschlechtern würden.

Ich wünsche mir mit Ihnen, dass sich die bisher noch recht stabile Lage auf dem **Arbeitsmarkt** im Kreis Warendorf nicht allzu erheblich verschlechtern wird mit den nachfolgend negativen Konsequenzen für die kommunalen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Auszuschließen ist eine schlechte Entwicklung allerdings nicht. Hierin sowie in den noch unbekanntem finanziellen Forderungen des LWL und angekündigter Nachträge zum GFG sind **drei massive Risiken** für diese Eckdaten des Etatentwurfs zu erkennen.

Aktuelle Wirtschaftsprognosen gehen zwar von einer **Stabilisierung** der wirtschaftlichen Entwicklung bereits im nächsten Jahr aus; jedoch wird – darauf weist der Innenminister in seinem jüngsten Orientierungsdatenerlass hin – die Wirtschaftsleistung in den nächsten Jahren deutlich unter dem Niveau des Jahres 2008 verbleiben. **Die Lage wird also auch nach 2010 sehr ernst bleiben.**

Obgleich die sich abzeichnende Haushaltslage alles andere als besondere Freude verursacht, können und müssen wir uns mit diesen Eckdaten in den nächsten Wochen intensiv auseinandersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Olaf Gericke